

Vorlage 1

Ruheräume für stressfreiere Schulen

A Problem

Der Schulalltag kann von Schüler:innen manchmal als überwältigend wahrgenommen werden. Die Schule ist für viele nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Lebensort. Gerade da sich die Schultage weiter verlängern. Sie müssen sich oft nicht nur mit schulischen Inhalten beschäftigen, sondern auch mit privaten Problemen. Diese können manchmal emotional herausfordern sein. Bis jetzt fehlt an den meisten Schulen ein Ort, an dem sie sich zurückziehen können, um ihre Emotionen in einem sicheren Ort verarbeiten zu können oder an dem sie für sich Schutz finden.

B Lösung

Das Jugendparlament setzt sich dafür ein, dass an jeder Schule der Stadt geprüft wird, ob die Einrichtung eines Ruheraums in einem leerstehenden Raum der Schule möglich ist. Sollte es keinen Lehrstehenden Räume geben, soll geprüft werden, ob andere bereits bestehende Räume ebenfalls die Anforderungen erfüllen. Der Raum soll von allen Schüler:innen gleichermaßen genutzt werden können. Der Ruheraum soll im Regelfall verschlossen sein. Schüler:innen können sich in eine Liste eintragen und einen Schlüssel für den Raum erhalten. Der Schlüssel soll im Sekretariat und im Lehrer:innen-Zimmer hinterlegt sein, sodass jede:r Schüler:in sich zu jeder Zeit den Schlüssel abholen kann. Falls die Schule dies nicht sicherstellen kann, müssen sie eine Alternative vorlegen, die ebenfalls die Zugänglichkeit sicherstellt. Dadurch soll auch dem Vandalismus vorgebeugt werden. Die Schule erarbeitet individuell mit der Schüler:innenvertretung eine Nutzungskonzept aus, welcher für den Raum gilt. Eine Kollektivstrafe ist keine Option, bei Missachtung der Regeln.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Finanzielle Auswirkungen ergeben sich nur dann, wenn ein Raum hergerichtet werden muss.

Es entstehen keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Es liegen keine genderrelevanten oder Klimaschutzrelevanten Auswirkungen vor. Von dem Beschlussvorschlag sind weder die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung, des Sports oder ausländischer Mitbürger:innen betroffen. Die Vorlage betrifft auch keine Stadtteilkonferenz, die informiert werden müsste. Die besonderen Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen wurden überprüft und die Beteiligung an sie betreffenden Themen dokumentiert.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung erfolgt nach den Vorgaben des Bremischen Informations- und Freiheitsgesetzes.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Schule und Kultur befürwortet die Einrichtung von Ruheräumen an Schulen und beauftragt das Schulamt zur Prüfung von räumlichen Kapazitäten. Dem Ausschuss für Schule und Kultur soll über das Ergebnis berichtet werden.